

Rüesch, Berichterstatter: Die Ausführungen von Herrn Frick zeigen, dass es ganz eindeutig notwendig ist, die Materie in der Kommission noch einmal zu behandeln. Denn Herr Frick hat hier doch einige Irrtümer dargelegt, die zeigen, dass die Materie eben noch nicht durchgearbeitet ist.

Herr Frick, Sie sagen, der F/A-18-Entscheid wäre nicht zustande gekommen, wenn vier Nationalräte anders gestimmt hätten – das stimmt überhaupt nicht. Beim F/A-18-Entscheid ist gemäss dem Vorschlag, der vor uns liegt, der Nationalrat nicht über die Beschlüsse des Bundesrates hinausgegangen. Im Gegenteil, er hat weniger gemacht, indem er zu den Vorauszahlungen noch Auflagen gemacht hat.

Sie sagten, heute wären sämtliche Beschlüsse zugunsten der Minderheiten unmöglich gewesen, wenn wir die Ausgabenbremse so formulierten, wie dies der Bundesrat wolle. Aber die Idee, dass wir uns dem Bundesrat unterwerfen, uns von ihm bevormunden lassen, ist ja bereits gestorben. Es gibt die Möglichkeit, eine Ausgabenbremse zu formulieren, indem man beispielsweise eine bestimmte Höhe der Ausgaben fixiert, je nachdem, wie viele Millionen Sie wollen. Dann wären alle diese Beschlüsse heute trotzdem möglich gewesen. Sie gehen hier von ganz verschiedenen Voraussetzungen aus. Sie werfen hier ein bisschen Salat und Fleisch durcheinander. Darum wäre es dringend notwendig, dass wir all diese Varianten noch einmal durchexerzieren.

Es scheinen hier riesige Emotionen geweckt zu sein. Aber ich kann Ihnen sagen: Auch das Volk wird Emotionen haben. Wenn morgen in den Zeitungen steht, wir hätten die Ausgabenbremse einfach verworfen, ohne sie näher zu studieren, wird man uns – das können Sie drehen, wie Sie wollen – mangelnden Sparsinn vorwerfen.

Frick: Nach dieser harschen Antwort sind zwei Sätze notwendig.

1. Nachdem der Salat wieder von den Rüben geschieden ist, möchte ich doch sagen, dass die F/A-18-Beschaffung nach dem Beschluss des Nationalrates – wir haben uns heute angeschlossen – über den Antrag des Bundesrates hinausgeht, was den finanziellen Rahmen betrifft. Sie wird nämlich bis zu 200 Millionen Franken teurer. Wenn Sie das Gegenteil beweisen können, Herr Kollege Rüesch, haben Sie alle politischen Diskussionen gewonnen!

2. Wir können diesen Beschluss über eine Ausgabenbremse an die Kommission zurückgeben – es ist ja bekannt, dass es andere Modelle gibt, die weniger schlecht wären als das von Bundesrat und Kommission vorgelegte. Es sind aber immer schlechte Lösungen, welche die Minderheiten, die Randregionen und die Kleinen benachteiligen. Jede Ausgabenbremse ist ein Instrument, das die Starken stärker, die Grossen grösser und alle anderen schwächer macht. Das können wir nicht wegdiskutieren.

Rüesch, Berichterstatter: Die 200 Millionen Franken, Herr Frick, sind eine Prognose. Die Beschaffung könnte 200 Millionen Franken mehr kosten – je nach Teuerung! Um so mehr muss man das Instrument nochmals studieren.

Bundesrat **Stich:** Ich habe nicht die Absicht, zu dementieren, was Sie zitiert haben. Ich kann einfach feststellen: Damals hatten wir ganz offensichtlich noch ein besseres Parlament. (*Heiterkeit*)

Ich muss Herrn Frick insofern recht geben: Sie sollten keinen Etikettenschwindel betreiben. Sie sollten das Geschäft nicht nur wegen dem 27. September, wegen der Volksabstimmung, zurückweisen. Wenn Sie so tief überzeugt sind, dass das nicht in Frage kommt, dann beerdigen wir es lieber jetzt, dann ist es sauber und korrekt.

Ich habe also nichts dagegen, wenn Sie es an die Kommission zurückgeben wollen. Ich habe nur etwas dagegen, wenn wir neue Aufträge bekämen und ich die Verwaltung beschäftigen müsste, und nachher müssten wir es erst recht ablehnen. Da hätte ich dann etwas dagegen.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag Frick (Nichteintreten)	15 Stimmen
Für den Antrag der Kommission (Eintreten)	13 Stimmen

An den Nationalrat – Au Conseil national

Ad 92.038

Postulat der Finanzkommission

Sanierungsmassnahmen 1992 für den Bundeshaushalt

Postulat de la Commission des finances

Assainissement des finances fédérales 1992

Wortlaut des Postulates vom 30. April 1992

Der Bundesrat wird eingeladen:

1. die Vollzugsfristen, welche in den Bundesgesetzen und Verordnungen enthalten sind, im Sinne einer Erstreckung zu überprüfen;
2. im Budget der Eidgenossenschaft ab dem Jahre 1993 im verwaltungseigenen Bereich, insbesondere in der Sachgruppe 31 (Sachausgaben), weitere Kürzungen vorzunehmen;
3. den Personalbestand bis 1995 auf den Stand von 1990 zu reduzieren.

Der Bundesrat wird ersucht, im Parlament über die getroffenen Massnahmen Bericht zu erstatten.

Texte du postulat du 30 avril 1992

Le Conseil fédéral est invité:

1. à revoir les délais d'exécution prévus dans les lois et ordonnances fédérales, à l'effet de les prolonger;
2. à procéder à d'autres réductions de dépenses administratives propres dans le budget de la Confédération, à compter de 1993, en particulier dans le groupe par nature 31 (Biens et services);
3. à réduire d'ici 1995 les effectifs du personnel au niveau de 1990.

Le Conseil fédéral est prié de faire rapport au Parlement sur les mesures qu'il a prises.

Ueberwiesen – Transmis

90.524

Motion des Nationalrates

(Cotti)

Zulassung von Spielbanken

Mozione del Consiglio nazionale

(Cotti)

Ammissione di case da gioco

Motion du Conseil national

(Cotti)

Ouverture de salles de jeux dans l'intérêt du tourisme

Wortlaut der Motion vom 21. Januar 1992

Die Erfahrungen in Nachbarländern zeigen, dass Spielbanken eine wichtige Touristenattraktion darstellen und beträchtliche Geldmittel einbringen, die zum grossen Teil – ähnlich wie dies in der Schweiz beim Sport-Toto und bei den Lotterien der Fall ist – für gemeinnützige und soziale Werke bestimmt sind.

Artikel 35 der Bundesverfassung schränkt den Betrieb von Spielsälen allzu stark ein und bestimmt insbesondere, dass der Höchsteinsatz nicht mehr als 5 Franken betragen darf. Ich glaube nicht, dass dies sinnvoll ist. Für die ausländischen Touristen ist der Aufenthalt auch unter diesem Gesichtspunkt attraktiver zu machen. Die Beschränkungen sind zu lockern, vor allem heute, da sich die Hotelindustrie und der Tourismus ganz allgemein in ernsthaften Schwierigkeiten befinden. Es besteht kein Zweifel, dass vermehrte Einnahmen der bestehenden Spielsäle helfen würden, die Zahl der Touristen zu erhöhen und somit schon per se die öffentlichen und privaten Empfangsstrukturen zu verbessern. Unter anderen Voraussetzungen hat der Nationalrat 1985 eine ähnliche Motion vor halbleerem Saal und mit nur geringer Mehrheit abgelehnt. Wir ersuchen darum den Bundesrat, eine Aenderung von Artikel 35 der Bundesverfassung auszuarbeiten, die den veränderten Erfordernissen und der veränderten Situation Rechnung trägt.

Testo della mozione del 21 gennaio 1992

L'esperienza di Paesi a noi vicini dimostra che la gestione di sale da gioco costituisce un'importante attrattiva turistica e consente l'incasso di notevoli importi destinati, in gran misura, ad opere di pubblica utilità e sociali, in analogia a quanto avviene da noi per lo sport-toto e le lotterie. Ora l'articolo 35 della Costituzione federale pone limitazioni eccessive all'esercizio di sale da gioco ed in particolare fissa la posta massima a 5 franchi. Non credo che ciò sia opportuno. Occorre rendere anche da quest'ottica più attrattivo il soggiorno ai turisti stranieri, attenuando le restrizioni, soprattutto in un momento in cui l'industria alberghiera, ed il turismo in genere, si trovano in condizioni di difficile sopravvivenza.

Non vi è dubbio che un maggiore introito delle sale da gioco esistenti contribuirebbe ad accrescere il numero dei turisti e quindi già di per sé a contribuire a migliorare le strutture ricettive, pubbliche e private.

Un'analogia mozione, in condizioni diverse da quelle attuali, venne respinta con lieve scarto di voti nel 1985 dal Consiglio nazionale, a sala semideserta.

Propongo quindi al Consiglio federale di elaborare una modifica dell'articolo 35 della Costituzione federale per tener conto delle mutate esigenze e situazioni.

Texte de la motion du 21 janvier 1992

Les expériences faites dans des pays voisins montrent que les salles de jeux représentent un attrait touristique important. En outre, elles permettent d'appréciables rentrées de fonds qui profitent, dans une large mesure, aux oeuvres d'utilité publique, à l'instar du sport-toto et des loteries dans notre pays. Or, l'article 35 de la Constitution fédérale impose des limites trop étroites à l'exploitation des salles de jeux, notamment en fixant la mise maximale à 5 francs.

Cette situation me semble inopportune. Il convient de rendre le séjour plus attrayant pour les touristes étrangers à cet égard aussi, surtout à une époque où l'industrie hôtelière, et le tourisme en général, font face à des conditions difficiles. Il ne fait pas de doute que des règles plus libérales applicables aux salles de jeux contribueraient à attirer davantage de touristes et à améliorer les recettes, tant publiques que privées.

Une motion analogue, déposée toutefois dans des circonstances différentes, a été rejetée au Conseil national avec une légère majorité de non en 1985, alors que la salle était à moitié déserte. Je propose donc au Conseil fédéral de préparer un projet de modification de l'article 35 de la Constitution fédérale pour tenir compte des changements survenus.

Frau **Meier** Josi unterbreitet im Namen des Büros den folgenden schriftlichen Bericht:

In der Januarsession 1992 stimmte der Nationalrat einer Motion zu, mit welcher der Bundesrat ersucht wurde, «eine Aenderung von Artikel 35 der Bundesverfassung auszuarbeiten, die den veränderten Erfordernissen und der veränderten Situation Rechnung trägt». Das Büro hat diese Motion in der

Frühjahrssession 1992 der Kommission für Rechtsfragen zur Vorprüfung überwiesen.

In der Zwischenzeit hat der Bundesrat im Rahmen der Sanierungsmassnahmen (Vorlage 92.038) einen Bundesbeschluss über die Aufhebung des Spielbankenverbots vorgelegt. Die Kommission für Rechtsfragen erachtet nun diese Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

Da gemäss Artikel 32 GRS die Abschreibung von Vorstössen vom Bundesrat oder vom Ratsbüro beantragt werden muss, bittet die Kommission für Rechtsfragen das Büro, für die oben erwähnte Motion die Abschreibung zu beantragen. Die Sanierungsmassnahmen und die Motion des Nationalrates sind im Sessionsprogramm für den Mittwoch, 17. Juni, eingeplant.

Mme **Meier** Josi présente au nom du Bureau le rapport écrit suivant:

Lors de la session de janvier 1992, le Conseil national a approuvé une motion, par laquelle le Conseil fédéral était prié de «préparer un projet de modification de l'article 35 cst. pour tenir compte des changements survenus». Le Bureau a transmis cette motion, lors de la session de janvier 1992, à la commission des affaires juridiques pour examen préalable.

Entre-temps, le Conseil fédéral a présenté, dans le cadre des mesures d'assainissement (objet 92.038), un arrêté fédéral sur la suppression de l'interdiction des maisons de jeux. La Commission des affaires juridiques considère que les demandes formulées dans cette motion sont remplies et propose donc son classement.

Comme, selon l'article 32 RCE, le classement d'interventions se fait sur proposition du Conseil fédéral ou du Bureau, la Commission des affaires juridiques prie le Bureau de proposer le classement de la motion mentionnée ci-dessus. La discussion sur les mesures d'assainissement et la motion du Conseil national est planifiée pour le mercredi 17 juin.

Antrag des Büros

Die Motion ist als erfüllt abzuschreiben.

Proposition du Bureau

Cette motion doit être classée, son but étant réalisé.

Abgeschrieben – Classé

Schluss der Sitzung um 19.40 Uhr

La séance est levée à 19 h 40